

WIR im Lahn-Dill-Kreis

Migration - Integration - Vielfalt

Newsletter 39/2023

Inhalt

- ❖ Aus der Region
Seite 2-4
- ❖ Vielfalt in Politik
und Gesellschaft
Seite 5-7
- ❖ Flucht und Asyl
Seite 7-10
- ❖ Arbeit und Bildung
Seite 10-12
- ❖ Desintegration
Seite 13-14
- ❖ Migration weltweit
Seite 15-16
- ❖ Kultur
Seite 17
- ❖ Impressum
Seite 18

Liebe Leserinnen und Leser,

Schweden und Finnland im Norden, Polen und Ungarn im Osten, Italien und Spanien im Süden - rechte und rechtspopulistische Parteien werden europaweit immer stärker. Es eint der Gedanke, dass ein starker Mann oder eine starke Frau endlich wieder für Ordnung sorgen sollte. [Rechter Populismus](#) basiert auf der Vorstellung, dass es ein homogenes "Volk" gibt, dessen Wille von einer starken Führungspersönlichkeit erkannt und umgesetzt werden soll. Dabei werden komplexe Interessen und gesellschaftliche Konflikte ignoriert. Populisten nutzen diffuse Einstellungen und Vorurteile, um sich als "Stimme des Volkes" auszugeben.

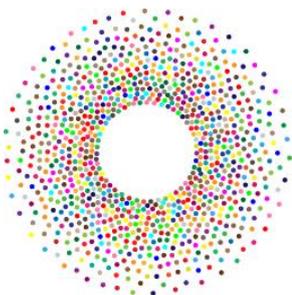
Rechtspopulisten setzen sich als Vertreter des "einfachen Mannes" gegen etablierte Politiker und Parteien ein. Sie lehnen demokratische Aushandlungsprozesse und Vielfalt ab, präsentieren sich als Verteidiger des "Volkes" gegen "Volksfremde" und schüren Ausgrenzung entlang ethnischer, religiöser und kultureller Kriterien. Migration, Flüchtlinge und die EU sind zentrale Themen, bei denen Rechtspopulisten Einwanderung beschränken und nationale Souveränität betonen. Für viele, die die aktuellen Änderungen, Herausforderungen, Verschiebungen nicht meistern, ist das Versprechen attraktiv, ein vermeintliches, vergangenes goldenes Zeitalter wiederherzustellen: We make Deutschland, Italien, Frankreich, Schweden usw. [great again!](#)

Ist es aber nicht gerade die gesellschaftliche Vielfalt, die in Deutschland und Europa über Generationen gewachsen ist, in der unsere Zukunft liegt? Diese Vielfalt fordert uns heraus, fördert aber gleichzeitig die Kreativität für die Lösung von Problemen, stärkt die Gemeinschaft und verbindet Menschen. In wenigen Tagen startet die Interkulturelle Woche in Deutschland. Sie ist eine Einladung an alle zu Begegnungen, Austausch und Diskussion und feiert die gesellschaftliche Vielfalt. Seien Sie dabei!

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre. Bleiben Sie optimistisch!

Norbert Wenzel

[Vielfaltszentrum „WIR“ im Lahn-Dill-Kreis](#)



1

Neue Räume entdecken

Interkulturelle Woche mit 25 Veranstaltungen startet am 20.09.

Bereits zum 5. Mal ist der LDK bei der bundesweit stattfindenden Interkulturellen Woche dabei. Das Vielfaltszentrum des Lahn-Dill-Kreises hat hierzu ein vielfältiges Programm mit 25 Einzelveranstaltungen im Zeitraum 20.09. bis 06.10. zusammengestellt. [Das Programm ist ab sofort online abrufbar](#). Die Eröffnung der Interkulturellen Woche startet mit der Verleihung des Integrationspreises am 20.09. in Dillenburg. Workshops, Lesungen, Konzerte, Filmabend und verschiedene Gesprächsformate laden dazu ein, unterschiedliche Kulturen, Traditionen und Perspektiven im Kreis Gebiet zu entdecken. Sie bieten Raum für Austausch, Reflexion und Inspiration.



Erste Erfolge im Projekt Arbeit und Asyl

„Der Sprachkurs ist das Beste!“

([PM LDK](#)) „Wir wollen Deutsch lernen“, betont Alali und Kleya nickt zustimmend. Die Deutschkenntnisse der beiden Syrer reichen für erste kleine Konversationen, viel klappt in Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen der GWAB aber auch übers Zeigen. Das Praktikum bei der GWAB vermittelte den Geflüchteten grundlegende Werte und Kenntnisse: Pünktlich und regelmäßig zur Arbeit kommen, an die notwendige Arbeitsschutzkleidung denken, sich selbst die Fahrten organisieren. „Ohne Deutschkenntnisse und grundlegende Kenntnisse über das Leben in Deutschland kommen die geflüchteten Menschen nur schwer im Arbeitsleben an“, sagt die Leiterin der Abteilung Soziales und Integration beim Lahn-Dill-Kreis, Anne Peter-Lauff. Wichtig sei deshalb zunächst, Deutsch- und Integrationskurse zu fördern.

2

„Aktuell entwickeln wir und die GWAB das Konzept weiter und möchten in den größeren Gemeinschaftsunterkünften auch mit den Kommunen schauen, wie die Menschen vor Ort aufgefangen werden können“, erläutert sie. „Die Menschen brauchen kurze Wege, ein persönliches Hilfe-Netzwerk und die Zeit, sich an deutsche Arbeitsverhältnisse zu gewöhnen“, sagt GWAB-Geschäftsführerin Nicole Bodensohn. Acht Teilnehmer des Pilotprojektes konnten Ende Juni und Anfang Juli ihr vierwöchiges Praktikum bei regionalen Unternehmen starten. Zuvor hatte die GWAB sechs Teilnehmern noch ermöglicht, intern einen Staplerführerschein zu machen, um sich schnell eine gute Zukunft aufbauen zu können. Alle sechs haben die Prüfung bestanden.

Prognose: 1000 Flüchtlinge im zweiten Halbjahr

Planungen zur Unterbringung von Flüchtlingen im LDK

Laut Dillzeitung vom 22.07.2023 berichteten Kreisverwaltung, Landrat und Bürgermeister gemeinsam zur aktuellen Lage und den mittelfristigen Planungen im Kreis. Demnach leben zurzeit rund 6.800 Flüchtlinge im LDK, 3.700 kommen aus der Ukraine. Rund 2.100 Flüchtlinge leben in den kreiseigenen 140 Gemeinschaftsunterkünften, weitere 1.000 wurden an die 23 Kreiskommunen delegiert. Laut Landrat Schuster verfolge man zwei wichtige Ziele: die Kommunen nach Möglichkeit von der Delegierung entbinden und öffentliche Gebäude wie Sporthallen nicht für die Unterbringung nutzen. Hierzu erforderlich seien größere Gemeinschaftsunterkünfte, die aktuell in Vorbereitung oder Planung seien. So wird es in der Bachweide in Wetzlar und in Rechtenbach je eine Leichtbauhalle für bis zu 250 Personen geben, ähnlich der Konstruktion wie die befristete Unterkunft in Haiger auf dem Paradeplatz. In Planung sind weitere kleinere Containerdörfer in Aßlar, Schöffengrund und Lahnav für 30 bis 200 Personen. Weiter 10 Standorte sind projektiert. Die Finanzierung, Betreuung der Flüchtlinge und die Sicherung dieser Unterkünfte wird vom Kreis sichergestellt.

Neuer Service der Ausländerbehörde des LDK

Beschleunigtes Fachkräfteverfahren jetzt online beantragen

[\(PM-LDK\)](#) Ab sofort können Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die eine Stelle mit einer ausländischen Arbeitskraft besetzen möchten, direkt online ein „beschleunigtes Fachkräfteverfahren“ beantragen. So kann die Einreise dem Arbeitnehmenden schneller ermöglicht werden, wenn die Voraussetzungen vorliegen. Der neue Online-Dienst ist kostenfrei. Es fallen lediglich die üblichen Gebühren für das beschleunigte Verfahren an. Genauere Informationen zum Verfahren, den Voraussetzungen und für welchen Personenkreis es geeignet ist, sind [hier](#) zu finden. In der Übersicht sind auch alle weiteren Online-Anträge der Ausländerbehörde gelistet.

Nach Ausschreitungen bei Eritrea-Festival

Warum ein eritreischer Konflikt in Gießen ausgetragen wird

Dass sich der Konflikt ausgerechnet in Gießen und damit mitten in Hessen ereignet, ist erklärbar: In Hessen leben mehr als 18.000 der insgesamt 82.000 Eritreer in Deutschland. Flüchtlinge aus Eritrea kamen in zwei Wellen: In den Neunzigern flohen viele von ihnen vor dem Bürgerkrieg und Grenzkrieg mit Äthiopien, nachdem Eritrea seine Unabhängigkeit erklärt hatte. Viele der damaligen Flüchtlinge sympathisieren bis heute mit der für Unabhängigkeit kämpfenden Eritreischen Volksfront, deren Nachfolgepartei heute in Eritrea allein regiert. Die autokratisch herrschende Regierungspartei verfolgt und unterdrückt aber seit Jahren und bis heute viele Oppositionelle – die darum in jüngerer Zeit aus dem Land fliehen, [in dem Menschenrechte missachtet werden, es kein Parlament gibt und das Gesundheitssystem als mangelhaft gilt](#). Sie bilden die zweite Flüchtlingswelle, die seit mehreren Jahren anhält. Viele von ihnen sind Christen, da etwa die Hälfte aller Eritreer christlich sind. Sie finden in den muslimischen Staaten Nordafrikas keine Unterstützung. Auch der eritreische Diktator entstammt zwar einer christlichen Familie, sieht sich selbst aber als Marxist und Anhänger von Mao Tse-tung.

7. Hessische Integrationskonferenz

Hessischer Integrationsplan 2.0 vorgestellt

Im Rahmen der letzten Integrationskonferenz dieser Legislaturperiode wurde bereits im Mai der Integrationsplan 2.0 veröffentlicht – ein weiterer Meilenstein hessischer Integrationspolitik. Der Plan folgt einem modernen Integrationsverständnis, das aktuelle gesellschaftliche Debatten aufgreift. Erstmals sind die Themen Rassismus und Diskriminierung als eigene Handlungsfelder benannt. Der Integrationsplan 2.0 kann [hier](#) heruntergeladen werden.

Aktionsplan

Land Hessen fördert Diversität

Mit der Weiterentwicklung des bereits 2017 beschlossenen Aktionsplans will die Landesregierung die [Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt](#) weiter fördern. Der Aktionsplan sieht in den kommenden Jahren 65 verschiedene Vorhaben in 10 Handlungsfeldern vor. Dazu zählen der Bildungsbereich, aber auch die Pflege, Altenhilfe oder die Landesverwaltung. Im Haushalt sind dafür 2,2 Millionen Euro vorgesehen. Nach Aussage von Sozialminister Klose (Grüne) sollen mit dem Geld Fachstellen in ganz Hessen gefördert werden. Seit 2015 fördert die Landesregierung innovative Projekte zur Stärkung der Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Hessen. Nun ergänzt sie ihre Förderlinie durch ein vereinfachtes Verfahren für die Beantragung von Kleinprojekten.

Erste Ergebnisse des Mikrozensus 2022

So viele Menschen mit Migrationshintergrund leben in Deutschland

Im [Jahr 2022](#) lag der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung in Deutschland bei 28,7 Prozent. Von den 23,8 Millionen Personen mit Migrationshintergrund waren 12,2 Millionen deutsche Staatsbürger und 11,6 Millionen Ausländer. Im Westen der Republik ist der Anteil von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte deutlich höher als auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Im Sinne der Bevölkerungsstatistik hat ein Mensch einen Migrationshintergrund wenn entweder er selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde.

Jahresbericht Freizügigkeitsmonitoring

Migration von EU-Staatsangehörigen nach Deutschland

2022 gab es nach den pandemiebedingten Rückgängen der beiden Vorjahre wieder eine deutliche Zunahme der Migration nach Deutschland. Dies gilt nicht nur für Geflüchtete: Sowohl die [Zuwanderung von EU-Staatsangehörigen](#) als auch die Erteilung von Aufenthaltstiteln im Rahmen der [Bildungs- und Erwerbsmigration](#) an Drittstaatsangehörig stiegen an. Das so genannte Freizügigkeitsmonitoring des BAMF zeigt die Zu- und Fortzüge. Ende Juni 2022 lebten über 5 Mio. EU-Staatsangehörige in Deutschland, was einen leichten Anstieg um 1,8 % im Vergleich zum Juni 2021 darstellt. Dabei bilden sowohl bei der Zu- als auch bei der Abwanderung Staatsangehörige aus Polen, Bulgarien und vor allem Rumänien die quantitativ bedeutsamsten Gruppen.

29-jähriger Syrer wird Rathauschef

Vom Flüchtling zum Bürgermeister im Nordschwarzwald

Als Bürgermeister von Ostelsheim in Baden-Württemberg muss sich [Ryvan Alshebl](#) in viele verschiedene Themen einarbeiten. Die schwäbische Gemeinde im Kreis Calw wählte den 29-Jährigen Anfang April mit einer absoluten Mehrheit von 55,41 Prozent zum neuen Rathauschef. Seine Geschichte ging um die Welt, denn acht Jahre zuvor war Alshebl vor dem Krieg in Syrien geflohen und als Flüchtling nach Deutschland gekommen. Mit 21 Jahren floh Alshebl aus seiner Heimatstadt as-Suwaida im Süden von Syrien. Dort war er aufgewachsen und zur Schule gegangen. Von Syrien sei er über den Libanon in die Türkei geflohen. Mit einem Schlauchboot habe er mit anderen Menschen auf die griechische Insel Lesbos übergesetzt. Nach seiner Ankunft in Deutschland ging es für ihn über Karlsruhe nach Calw. Dort lebte Alshebl eineinhalb Jahre in verschiedenen Wohnungen und lernte Deutsch. Auch bekam er den deutschen Pass. Nach einem Praktikum im Rathaus Althengstett absolvierte er eine duale Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten – und nun ist er Bürgermeister in Ostelsheim.

5

Expertise: Deutlich Luft nach oben

Menschen mit Einwanderungsgeschichte in deutschen Parlamenten

In einer [Expertise](#) wurden Daten zur parlamentarischen Repräsentation in allen deutschen Landesparlamenten für den Zeitraum 2012-2021 aktualisiert und dabei unter anderem Merkmale wie Parteizugehörigkeit, Geschlecht und Herkunftsland berücksichtigt. Die Anzahl und Anteile von Abgeordneten mit Migrationshintergrund in deutschen Parlamenten haben seit 1990 stark zugenommen: Ende 2021 waren es 83 im Bundestag (11,3 Prozent) und 136 in den Landtagen (7,2 Prozent). Trotz dieses Trends besteht eine Repräsentationslücke, die in einigen Flächenländern Westdeutschlands (Rheinland-Pfalz, NRW, Saarland, Hessen, Bayern) besonders groß ist. Die Anteile der Abgeordneten mit Migrationshintergrund sind auf Landesebene insgesamt geringer als auf Bundesebene. Parteien spielen die zentrale Rolle bei der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten und vor allem von Listen der Kandidatinnen und Kandidaten. Bei einigen Parteien, insbesondere den Unionsparteien und der FDP, sind die Anzahl und der Anteil an Abgeordneten mit Migrationshintergrund nach wie vor niedrig. Frauen mit Migrationshintergrund werden häufiger Abgeordnete als Frauen ohne Migrationshintergrund. Im Durchschnitt liegt der Frauenanteil unter den Abgeordneten mit MH zehn Prozentpunkte über dem Frauenanteil aller Abgeordneten. Hierzu tragen CDU/CSU und die Linke überproportional bei. Die Gruppe der Türkeistämmigen ist sehr gut und die Gruppe der Iranstämmigen überproportional in den Parlamenten vertreten, während dies für andere große Gruppen nicht der Fall ist. Insbesondere Menschen mit Bezügen zur ehemaligen Sowjetunion sind stark unterrepräsentiert.

SRV-Integrationsbarometer 2022

Große Verbundenheit mit Deutschland

Ein Großteil der nach Deutschland Eingewanderten und ihrer Kinder fühlt sich einer [Umfrage](#) zufolge der neuen Heimat verbunden. Über 80 Prozent gaben in einer Befragung des Sachverständigenrats für Integration und Migration an, sich Deutschland zugehörig zu fühlen. Sprachkenntnisse und Kontakte über das eigene kulturelle Milieu hinaus lassen das Zugehörigkeitsgefühl wachsen, schreiben die Experten. Diskriminierungserfahrungen hingegen bewirken das Gegenteil. Höher Gebildete empfinden demnach ebenfalls eine größere Distanz, was mit einer größeren Sensibilität gegenüber Ablehnung erklärt wird.

An der Uni Tübingen

Deutschlandweit erste jüdisch-islamische Forschungsstelle

Im Juni wurde an der Universität Tübingen die Jüdisch-Islamische Forschungsstelle (JIF) gegründet. Diese ist nach eigenen Angaben die deutschlandweit erste ihrer Art. Zentrale Forschungsinhalte sind Theologie, Hermeneutik, also die Auslegung von Schriften, Rechtslehre sowie Bildung. Die JIF steht unter der Leitung der Gründer Fahimah Ulfat, Professorin für Islamische Religionspädagogik, und Asher Mattern, Dozent für Jüdische Theologie. Weitere Informationen finden Sie auf der [Seite der JIF](#).

An die Herkunft gebunden

Daniel Cohn-Bendit und Meron Mendel über das Judentum

Daniel Cohn-Bendit, früherer Europa-Abgeordneter der Grünen und Meron Mendel, Leiter der Bildungsstätte Anne-Frank fühlen sich als Juden – auch wenn sie mit der Religion und dem Staat Israel ihre Schwierigkeiten haben. Auf einer [Veranstaltung](#) in Frankfurt sagten sie, wie sie damit zurechtkommen. Den Bericht zur Veranstaltung lesen Sie in der [FAZ](#).

SRV-Studie: Selektive Solidarität

Wovon Hilfsbereitschaft gegenüber Flüchtlingen abhängt

Unterscheidet sich die Solidarität gegenüber Flüchtlingen je nach ihrem Herkunftsland? Für die [Studie „Selektive Solidarität?“](#) hat der wissenschaftliche Stab des Sachverständigenrats für Integration und Migration 4000 Menschen zu ihrer Hilfs- und Aufnahmebereitschaft befragt. Das Ergebnis: Die deutsche Bevölkerung zeigt sich überwiegend solidarisch. Ausgeprägter ist dies jedoch gegenüber Flüchtlingen aus der Ukraine als gegenüber jenen aus Syrien oder Nigeria. Christlichen, weiblichen Gutausgebildeten mit Rückkehrabsicht wird eher geholfen als muslimischen, männlichen und Geringausgebildeten mit Bleibeabsicht. Helfende mit einer politisch eher linken Haltung sind gegenüber allen Herkunftsgruppen hilfsbereit, wohingegen eher in der Mitte oder rechts stehende weniger hilfsbereit sind und eine Unterscheidung nach Herkunft der Flüchtlinge treffen. Außerdem sind Menschen hilfsbereiter, wenn sie staatlichen Institutionen vertrauen, als wenn sie ihnen nicht vertrauen.

6 Handlungsempfehlungen der Uni Kassel

Migranten mit Behinderung massiv benachteiligt

Aufenthaltsstatus, Sprachbarrieren, Ängste, Informationsdefizite: Menschen mit Behinderung und Migrationshintergrund sind oftmals mehrfach benachteiligt. Über das Zusammenspiel beider Faktoren ist bislang nur wenig bekannt. Daten hat nun das Forschungsprojekt „Verbesserung der Teilhabe von Menschen an der Schnittstelle von Migration und Behinderung in Hessen (MiBeH)“ geliefert. Die Ergebnisse des Forschungsprojekts mit 6 Handlungsempfehlungen für Politik, Praxis und Forschung erhalten Sie [hier](#).

Flucht und Asyl

Unterkünfte in Kommunen

Flüchtlinge können oft nicht ausziehen

Der angespannte Wohnungsmarkt in vielen Kommunen erschwert es, private Wohnungen für Geflüchtete zu finden. Es gebe eine „Auszugskrise“, sagten Fachleute auf einem MEDIENDIENST-Pressesgespräch. Wenn Geflüchtete schnell in eigene Wohnungen ziehen können, entlaste das die Kommunen. Wie das gelingen kann, lesen Sie [hier](#).

Expertise: Probleme und Lösungsansätze **Kommunale Unterbringung von Flüchtlingen**

Zahlreiche deutsche Kommunen haben in den vergangenen Monaten gemeldet, dass sie nicht mehr in der Lage seien, Geflüchtete aufzunehmen. Wie funktioniert die Aufnahme und was lässt sich verbessern? Mitarbeitende von zwei Kommunen geben in einer [Expertise für den MEDIENDIENST](#) exklusive Einblicke. Die Recherche zum Stand der Unterbringung von Geflüchteten in Deutschland ergibt dennoch ein heterogenes Bild der kommunalen Belastungen. Die Spanne reicht von öffentlich beklagtem Notstand, herausfordernden, aber dennoch leistbaren Anforderungen, bis hin zu relativ entspannten Situationen, weit entfernt von einer Überlastung.

BiB-Studie

Knapp die Hälfte der Ukraine-Flüchtlinge will bleiben

Etwa eine Million Menschen sind vor dem Krieg aus der Ukraine nach Deutschland geflohen. Fast die Hälfte von ihnen will langfristig hierbleiben. Das geht aus einer [Studie](#) des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) hervor. Weitere zentrale Aussagen der aktuellen Studie: die Erwerbstätigkeitsquote gegenüber Spätsommer 2022 ist etwas gestiegen, die Erwerbsabsicht ist hoch. Ein Großteil der Flüchtlinge lebt in privaten Unterkünften. Das psychische Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen hat sich leicht verbessert. Die Politik sollte zügig Klarheit über künftige Aufenthaltsperspektiven schaffen.

Ukrainische Flüchtlinge

Ausbau von Unterstützungsangeboten nötig

Wie geht ukrainischen Flüchtlingen in Deutschland? Welche kommunalen und institutionellen Unterstützungsangebote erreichen die geflüchteten Mütter, Kinder und Jugendlichen? Wo gibt es weitere Bedarfe? Diesen Fragen geht das Deutsche Jugendinstitut (DJI) in einem neuen [Bericht](#) nach. Durch Befragungen mehrerer hundert Betroffener sowie Gespräche mit Mitarbeiter*innen von Kitas und Jugendämtern fanden die Autorinnen und Autoren des Berichts beispielsweise heraus, dass zusätzliche Sprachförderungsangebote nötig sind. Aufgrund von Sprachbarrieren würden einige Geflüchtete wenig von möglichen Unterstützungsangeboten erfahren. Mütter, die psychologische und sprachliche Unterstützung erhalten, fühlen sich laut dem Bericht besser integriert.



Kürzungspläne der Bundesregierung

Verbände besorgt über geplante Einsparungen

Laut einer <https://www.bagfw.de/veroeffentlichungen/pressemitteilungen/detail/scharfe-kritik-an-kuerzungsplaenen-der-bundesregierung> (BAGFW) vom 19.7.2023 sieht der Entwurf des Bundeshaushalts 2024 unter anderem Kürzungen vor bei Mitteln für die Migrationsberatung (MbE) in Höhe von etwa 30%, bei Mitteln für die bundesweite behördenunabhängige Asylverfahrensberatung und Kürzungen von rund 60% bei Mitteln für die Psychosozialen Zentren (PSZ). Insgesamt sehen die Verbände die Versorgung und Teilhabe von geflüchteten und anderen zugewanderten Menschen "massiv gestört" und in der Folge auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Gefahr.

Bericht: Dachverband der psychosozialen Zentren

Fehlende psychotherapeutische Angebote für Flüchtlinge

Von den Kürzungen im Bundeshaushalt ist voraussichtlich auch die psychosoziale Versorgung Geflüchteter betroffen. Der [Dachverband der Psychosozialen Zentren](#) für Flüchtlinge und Überlebenden von Folter (BAfF) spricht von Kürzungen in Höhe von 60 Prozent. In bundesweit 47 Zentren bietet die BAfF Geflüchteten Therapie- und Beratungsangebote an. Bereits jetzt betreuen die Zentren und Partner nur etwa vier Prozent der Geflüchteten mit Versorgungsbedarf, viele müssen lange auf einen Platz warten. Das zeigt ein kürzlich veröffentlichter [Bericht](#) der BAfF.

Forderungen des Deutschen Landkreistages

Steuerung und Begrenzung der Fluchtmigration

Der Deutsche Landkreistag hat ein [Forderungspapier](#) zur Begrenzung und Steuerung der Fluchtmigration vorgelegt. Nach wie vor pochen die Landkreise darauf, die weitere Zuwanderung von Schutzsuchenden nach Deutschland unmittelbar und wirksam zu begrenzen. Dazu gehöre auch eine gleichmäßigere Verteilung der Schutzsuchenden in Europa. Ebenso dringend erforderlich sei es, Flüchtlinge, deren Antrag auf Schutzgewährung abgelehnt worden ist, zügig in ihre Herkunfts- oder sonstige aufnahmebereite Drittstaaten zurückzuführen. Mit Blick auf die große Zahl von Geflüchteten, die sich rechtmäßig in Deutschland aufhalten, seien die Landkreise darüber hinaus dringend auf finanzielle Unterstützung und weitere Entlastungsmaßnahmen angewiesen.

6 Monate Chancen-Aufenthaltsrecht

Zehntausende Geduldete haben den Chancenaufenthalt beantragt

Seit Jahresanfang haben mindestens 49.000 Menschen in Deutschland den neuen „Chancenaufenthalt“ beantragt (Stand Juli 2023). Davon wurden bisher rund 17.000 Anträge bewilligt und rund 2.100 Anträge abgelehnt, wie eine Abfrage des MEDIENDIENSTES bei den Bundesländern ergab. Nach Ansicht von Anwältinnen und Anwälten hängt die Inanspruchnahme des neuen Rechts auch davon ab, wie die zuständigen Behörden in den jeweiligen Bundesländern darüber informieren. Mehr Informationen erhalten Sie [hier](#).

Neu aufgesetztes EU-Asylverfahren

UN-Flüchtlingskommissar Grandi: „Dieser Pakt wird die Situation verbessern“

Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, Grandi, setzt angesichts weiter steigender Flüchtlingszahlen auf das neue EU-Asylverfahren. Um zukünftige Katastrophen auf Flüchtlingsrouten wie etwa der über das Mittelmeer zu verhindern, müssen laut Grandi wichtige Dinge angepackt werden, wie Rettungseinsätze auf dem Meer oder die Fluchtursachenbekämpfung. Bei all jenen Migrant*innen, die kein Bleiberecht erhalten, verwies Grandi auf die Verhandlungen mit den Ursprungsländern. Angesprochen auf die Situation in Deutschland meint Grandi, müsse man aber eingestehen, dass die Menschen, die nach Deutschland kommen und sich integrieren, einen Beitrag leisten für die Gesellschaft. "Diese Geschichten müssen wir öfter hören", so Grandi. "Wir hören immer nur die negativen Beispiele derer, die nicht zufrieden sind und Angst haben. Es gibt kein ausgewogenes Gleichgewicht." Das Gespräch mit Grandi führte die [tagesschau](#) Ende Juni 2023.

Zahlen und Hintergründe

Staatenlose in Deutschland

In Deutschland leben dem Ausländerzentralregister zufolge derzeit etwa 124.500 Personen [ohne Staatsangehörigkeit eines Landes](#). Davon sind rund 29.500 "anerkannt Staatenlose", rund 95.000 haben eine "ungeklärte Staatsangehörigkeit". Internationalem Recht zufolge sind Personen, deren Staatsangehörigkeit nicht abschließend geklärt ist ("de facto" Staatenlose) als Staatenlose zu behandeln. Auch hierzulande sind Behörden angehalten, Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit unter bestimmten Voraussetzungen als Staatenlose anzusehen. Unter allen Staatenlosen sind 37 Prozent minderjährig. Mindestens 8.300 sind in Deutschland zur Welt gekommen. 60 Prozent der Personen mit ungeklärter Staatsbürgerschaft leben seit mehr als fünf Jahren in Deutschland. Die Zahl der Staatenlosen in Deutschland steigt seit Jahren.

Arbeit und Bildung

IAB-Studie Migration

Mehrheit der nach 2015 Geflüchteten ist erwerbstätig

Mehr als die Hälfte der 2015 nach Deutschland Geflüchteten ist einer Analyse zufolge inzwischen erwerbstätig. Das seien rund zehn Prozent mehr als noch 2020, wie aus einer [Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung](#) (IAB) hervorgeht. Ein Großteil der Schutzsuchenden arbeite in Vollzeit, hieß es. Ihr durchschnittliches Bruttomonatsgehalt sei von 1.660 Euro in den ersten beiden Jahren nach Ankunft auf 2.037 Euro im sechsten Jahr gestiegen. Dabei verlaufe die Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt deutlich langsamer als die der Männer. Letztere machten etwa 23 Prozent der erwerbstätigen Geflüchteten aus.

SRV-Integrationsmonitor Kita

Kitas berücksichtigen eingewanderte Kinder nicht hinreichend

Seit dem 1. August 2013 haben Kinder nach vollendetem ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz. Dank des vollzogenen Ausbaus und zahlreicher Reformen wurden in der frühkindlichen Bildung deutliche Fortschritte erzielt. Auch die Sprachbildung für Kinder mit Zuwanderungsgeschichte wurde in den vergangenen zehn Jahren ausgebaut. Und dennoch: Wie eine Kurzinformation des wissenschaftlichen Stabs zeigt, werden die Bedarfe zugewanderter Kinder noch nicht hinreichend berücksichtigt. Damit die Kita Integrationsmotor wird, muss der Kitazugang für die Zielgruppe verbessert und Maßnahmen zur Qualitätssicherung gezielter ausgerichtet werden, resümiert der [Sachverständigenrat](#).

Verprellt Deutschland Fachkräfte?

Erfolgsgeschichten trotz Migrationspolitik

Ein Blick von außen kann hilfreich sein und Defizite im eigenen System klarer erscheinen lassen. In einem Artikel in der [Neuen Züricher Zeitung vom 23.07.2023](#) kritisiert die Autorin die ineffiziente Migrationspolitik Deutschlands, die irreguläre Migration nicht kontrolliere und Fachkräfte verprelle. Unternehmen wie das von Ulrich Temps, Malerbetrieb in Niedersachsen zeigten, dass erfolgreiche Integration von Flüchtlingen durch persönlichen Einsatz möglich sei. Das deutsche Asylsystem sei nicht auf Arbeitsmarktintegration ausgelegt. Die komplexe Bürokratie und rechtlichen Schwierigkeiten führten dazu, dass viele Migrantinnen und Migranten im Land blieben, obwohl sie keinen Schutzstatus haben. Die aktuelle Politik erzeuge mehr Verlierer als Gewinner und bedürfe grundlegender Überarbeitung.

Selbstverpflichtung

Amazon will 5.000 Flüchtlinge in Europa einstellen

Einerseits fehlt es vielen Unternehmen an Personal, andererseits sehen sich viele Flüchtlinge nicht in der Lage, in Europa einen Job zu finden. Angeleitet vom US-Hilfswerk «Tent Partnership for Refugees» gehen 41 Konzerne das Dilemma nun gemeinsam an. Sie verpflichten sich, in den nächsten Monaten zehntausende Flüchtlinge in Europa einzustellen – insbesondere Frauen aus der Ukraine. Zuvorderst steht dabei Amazon, das ein Kontingent von mindestens 5.000 Personen übernehmen will. Vor einigen Monaten, im September 2022, hatte der Konzern bereits dasselbe [Versprechen für die USA](#) abgegeben und verkündet, er werde bis Ende 2024 mindestens 5000 Flüchtlinge engagieren. Das Unternehmen arbeitet auch auf das Ziel hin, 10.000 Ukrainern über das [ITSkills4U-Programm von AWS](#) eine Ausbildung zu ermöglichen.

Gegen den Fachkräftemangel

Bundestag beschließt Fachkräfteeinwanderungsgesetz

Das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz ist beschlossen: Qualifizierte Menschen sollen einfacher nach Deutschland kommen. Einige Regelungen des Gesetzes treten bereits ab November 2023 in Kraft. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass ausländische Fachkräfte leichter nach Deutschland kommen können. Denn viele Unternehmen haben seit langem große Schwierigkeiten, qualifizierte Fachkräfte zu finden. So zählte das Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Ende 2022 fast 2 Millionen offene Stellen – so viele wie noch nie. Der Mangel an Fachkräften gilt als eine der größten Wachstumsbremsen für die Wirtschaft in Deutschland. Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

Kurzanalyse

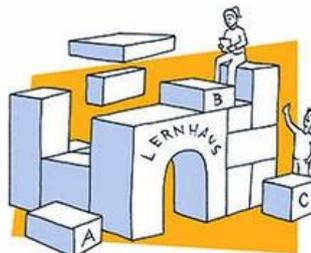
Was kann die Chancenkarte?

Der Bundestag hat das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz beschlossen. Eine Neuerung: Über ein Punktesystem sollten Personen eine „Chancenkarte“ erhalten und damit für die Jobsuche nach Deutschland kommen können. Die praktische Umsetzung könnte schwierig werden, stellen [Forscher des DEZIM-Instituts](#) in einer Kurzanalyse fest. Vom kanadischen Vorbild sei sie noch weit entfernt. Die Forscher empfehlen unter anderem, dass mehr Personen für die Chancenkarte in Frage kommen sollten und es möglich sein sollte, die Punktevergabe kurzfristig nachbessern zu können.

Übungsblätter wieder bestellbar

VHS – Materialien für die ehrenamtliche Lernbegleitung

Die beliebten Übungsblätter für ehrenamtlich Engagierte sind wieder vorrätig und kostenfrei bestellbar. Die Übungsblätter behandeln Themen und Situationen, die im Alltag vorkommen und eignen sich für die Nutzung in Lerntandems oder Lerncafés. Die Lernmaterialien und der Versand sind kostenfrei. Unter diesem [Link](#) können Bestellungen aufgegeben werden. Die Kopiervorlagen sind in einer praktischen Mappe erhalten. Noch mehr Übungsblätter zum Ausdrucken gesucht? [Hier](#) können Sie stöbern und fündig werden.



Reportage der Deutschen Welle **Migranten in Ostdeutschland**

Im Osten Deutschlands gewinnt die AfD an Einfluss, was zu wachsenden Ängsten und Besorgnis unter Migranten und Migrantinnen führt. Alltagsrassismus und Diskriminierung nehmen zu, während Menschen mit Migrationshintergrund sich fragen, warum sie nicht akzeptiert werden. Ihre mangelnde Sichtbarkeit in Politik, Unternehmen und Verwaltung verstärkt dieses Problem. Viele Migranten ziehen aufgrund der feindseligen Atmosphäre in größere Städte oder sogar in den Westen. Trotzdem gibt es ein starkes zivilgesellschaftliches Engagement, um gegen Rassismus anzukämpfen und die Verantwortung von Medien, Kirchen und Religionsgemeinschaften wird betont. Die [Deutsche Welle](#) hatte Stimmen von Migrantinnen und Migranten in Ostdeutschland zusammengestellt.

Bundesregierung **Expertenrat für Antirassismus konstituiert**

Die Bundesregierung plant eine verstärkte Bekämpfung von Rassismus in Deutschland und hat dafür den "[Expert*innenrat Antirassismus](#)" mit zwölf Vertretern aus Wissenschaft, Verwaltung und Praxis eingerichtet. Die Integrationsbeauftragte Reem Alabali-Radovan (SPD) betonte, dass Rassismus zu lange ignoriert wurde und dass Ereignisse wie die NSU-Enttarnung und Anschläge von Halle und Hanau das Thema stärker in den Fokus gerückt haben. Täglich werden durchschnittlich neun rassistische Straftaten registriert. Das Ziel ist, nicht nur offensichtliche Straftaten, sondern auch alltägliche Erfahrungen und gesellschaftliche Strukturen zu hinterfragen und aufzubrechen, um den Kampf gegen Rassismus auf eine höhere Ebene zu bringen.

Forscherin kritisiert **Zu wenig Auseinandersetzung mit Rassismus in Deutschland**

Die Rassismusforscherin [Saphira Shure](#) kritisiert, dass struktureller Rassismus in Deutschland lange Zeit vernachlässigt wurde und die AfD davon profitiert hat. Sie weist auf das Problem des antimuslimischen Rassismus hin, der besonders bei Schülerinnen und Schülern mit Kopftuch oder bestimmten Herkünften auftritt. Shure betont, dass Rassismus nicht nur in rechtsextremen Kreisen, sondern auch in der breiteren Gesellschaft präsent ist. Sie fordert eine verstärkte rassismuskritische Bildung an Schulen und Universitäten sowie bewusste Sprachwahl, um Generalisierungen zu vermeiden. Shures Professur an der Universität Bielefeld konzentriert sich auf die Förderung einer rassismussensiblen Lehrerinnen- und Lehrer-Bildung, um Pädagogen besser auf Rassismus vorzubereiten und Schulen sensibler für dieses Thema zu machen.

Expertenbericht

Muslimfeindlichkeit in Deutschland weit verbreitet

Laut einem [Expertenbericht](#) ist in Deutschland eine weitverbreitete muslimfeindliche Haltung festzustellen. Etwa die Hälfte der Bevölkerung stimmt muslimfeindlichen Aussagen zu. Rund 5,5 Millionen Muslime in Deutschland, darunter besonders jene, die ihre religiöse Zugehörigkeit offen zeigen, erleben Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt. Der Bericht empfiehlt verschiedene Maßnahmen wie die Ernennung eines Sachverständigenrats, die Einrichtung einer Melde- und Dokumentationsstelle sowie verstärkte Beratung. Lehrpläne sollen überarbeitet, institutioneller Rassismus stärker thematisiert und die Medienberichterstattung ausgewogener gestaltet werden. Der Expertenkreis wurde nach dem Anschlag in Hanau 2020 berufen und betont die Notwendigkeit, Diskriminierung sichtbar zu machen und gegen Ressentiments vorzugehen.

Faktencheck Kriminalität

Thema „Messerangriffe“ bundesweit in den Schlagzeilen

In den letzten Monaten wurden "Messerangriffe" in Deutschland zum Thema. Es wurde über eine mögliche Zunahme solcher Angriffe, vor allem durch ausländische Täter, diskutiert. Eine Analyse von Medienwissenschaftler Thomas Hestermann und dem [MEDIENDIENST](#) zeigt, dass die Berichterstattung über "Messerangriffe" eine verzerrte Betonung der Herkunft der Tatverdächtigen aufweist. Statistiken zur "Messerangriffen" sind uneinheitlich. Das Bundeskriminalamt (BKA) begann vor zwei Jahren damit, solche Angriffe zu erfassen. In zehn Bundesländern werden Straftaten mit Messern in der polizeilichen Kriminalstatistik erfasst. Die Anzahl der "Messerangriffe" variiert in den verschiedenen Bundesländern. Die Daten zeigen, dass nichtdeutsche Tatverdächtige bei "Messerangriffen" überrepräsentiert sind. Die Medienberichterstattung konzentriert sich oft auf tödliche Delikte, obwohl die meisten Opfer leicht oder gar nicht verletzt werden. Dabei wird jedoch die Nationalität der Tatverdächtigen oft unverhältnismäßig hervorgehoben. Deutsche Tatverdächtige werden häufig nicht genannt, was auf eine Verzerrung in der Berichterstattung hinweist.

Nach den Krawallen ist Aufarbeitung nötig

Syrer und Libanesen im Ruhrgebiet

Nach Massenschlägereien unter [verfeindeten Clans](#) in Castrop-Rauxel und Essen wird die [Kritik auch unter Syrern und Libanesen](#) immer lauter. Sie fordern härtere Strafen, denn solche Gewaltszenen schädigen das Ansehen aller Migranten im Ruhrgebiet. Wissenschaftler warnen davor, sogenannte „Clan-Strukturen“ als allzu einfache Erklärungsmuster dafür zu nehmen. Dieser Begriff stigmatisiere und erkläre nicht den Konflikt. Die weitaus meisten Mitglieder der Familien seien nicht Mitglied krimineller Strukturen. Zwischen Syrern und Libanesen gäbe es ein historisches Spannungspotenzial – resultierend aus die Besatzung syrischer Truppen im Libanonkrieg. Dazu komme als Sondersituation in Essen die sehr stark angewachsene Zahl von syrischen Flüchtlingen – meist mit anerkanntem Asylstatus -, durch die sich die schon länger anwesenden Libanesen in der Stadt bedrängt fühlten. Diese hätten meist nur einen Duldungsstatus. Die Folge sei ein starker Drall zu prekärer Beschäftigung weit unterhalb der eigentlichen Qualifizierung.

14

Studie zu Mittelmeer-Migration **Durch Seenotrettung kein „Pull-Effekt“**

Eine [neue Studie](#) widerlegt die Annahme, dass Seenotrettungen im Mittelmeer Anreize für Migranten schaffen, die gefährliche Überquerung zu versuchen. Forscher, darunter Julian Wucherpfenning von der Hertie School in Berlin, und ein internationales Team analysierten Daten von 2011 bis 2020 von verschiedenen Quellen, um Faktoren für die Migration über das Mittelmeer zu ermitteln. Die Studie zeigt, dass Rettungsaktionen im Meer keine Verbindung zur Anzahl der Migrantenüberquerungsversuche haben. Diese Ergebnisse widerlegen Argumente von Politikern, die behaupten, Seenotrettungen würden zusätzliche Anreize für Migranten schaffen. Stattdessen sind laut der Studie Konflikte, Rohstoffpreise, Naturkatastrophen, Wetterbedingungen, Währungsschwankungen und der Luftverkehr zwischen Nordafrika, Nahost und der EU wichtige Faktoren für die Entscheidung von Migranten, die Mittelmeerroute zu nutzen.

Das Sterben im Mittelmeer beenden **EU-Parlament fordert Rettungsaktion**

Das EU-Parlament hat in einer Resolution eine [koordinierte Seenotrettungsmission](#) im Mittelmeer gefordert, um Flüchtlingen und Migranten zu helfen. Die Resolution reagierte auf eine Schiffskatastrophe im Juni und verlangte auch das Ende der Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung sowie die Öffnung der Häfen für private Seenotretter. Beschwerden wurden gegen Italien eingereicht, das Hindernisse für Seenotretter geschaffen hat. Die Resolution sprach sich auch für das Ende der Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache aus und betonte die Gefahr der Mittelmeerroute, auf der seit Anfang des Jahres fast 1.900 Menschen gestorben oder vermisst sind.

EU-Tunesien Abkommen **Die Situation von Migranten in Tunesien**

Die Europäische Union hat ein [Abkommen](#) mit der tunesischen Regierung beschlossen, um Fluchtmigration im zentralen Mittelmeer zu reduzieren. Rund eine Milliarde Euro Finanzhilfen hat die EU dem kleinsten nordafrikanischen Staat in Aussicht gestellt – dafür verpflichtet sich die Regierung, Geflüchtete und Migrantinnen und Migranten stärker an der Überfahrt nach Italien zu hindern. Tunesien ist das Land, aus dem 2023 bisher die meisten Migrantinnen und Migranten in See stachen, um nach Italien zu gelangen. Wie ist die Situation in Tunesien? Und wie viele reisen weiter nach Deutschland? Der [MEDIENDIENST](#) hat seine Zahlen und Fakten rund um Migration aus Tunesien aktualisiert.

Mehr Menschen kommen als wegziehen **Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland**

Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist seit jeher auch eine Geschichte der Zuwanderung. In den meisten Jahren ist das [Wanderungssaldo](#), die Differenz von Zuzügen und Fortzügen positiv. Es kommen somit mehr Menschen nach Deutschland, als Menschen aus Deutschland wegziehen. Der Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 führt in Deutschland zu den höchsten Zuwanderungszahlen seit Beginn der Aufzeichnung in den 1950er Jahren. Mehr als 2,6 Mio. Menschen sind 2022 nach Deutschland gezogen, während 1,2 Mio. auswanderten. Dies führt zu einem Wanderungssaldo von plus 1,4 Mio. Menschen in Deutschland innerhalb eines Jahres. Von den 2,6 Mio. Zugewanderten waren Ende des Jahres 2022 etwa 1,2 Mio. neu hinzugekommene Schutzsuchende. Die Hauptursachen für Flucht und Migration sind Kriege und Krisen: Neben den mehr als 1,1 Mio. ukrainischen Zugewanderten ist auch die Anzahl der Zugezogenen aus den Ländern Syrien, Afghanistan und der Türkei an allen Zuzügen hoch. Mit Blick auf die neu Schutzsuchenden machen diese vier Länder Ende 2022 etwa 92 Prozent aus.

EU-Asylagentur 2022

Knapp 1 Million Asylanträge in Europa gestellt

Knapp [1 Million Asylanträge in Europa](#) zählte die EU-Asylagentur (EUAA) für 2022. Das ist der höchste Wert der vergangenen Jahre seit 2016, wobei die infolge des russischen Angriffskriegs bis zu 4 Millionen Geflüchteten aus der Ukraine nicht eingerechnet wurden. Den Großteil der Anträge stellen Menschen aus Syrien, Afghanistan und der Türkei, aber auch Venezuela und Kolumbien. Unter den Antragstellern waren auch 42.000 unbegleitete Kinder und Minderjährige. Mit knapp 40 % positiv beschiedenen Anträgen ist das die höchste Anerkennungsquote seit 2017. Neben den neuen und anhaltenden Konflikten zählen auch die Klimakrise, geopolitische Unruhen sowie Gewalt und Verfolgung laut EUAA zu den Fluchtursachen. Die Mitgliedsstaaten der EU einigten sich im Juni auf ein beschleunigtes Asylverfahren direkt an den Außengrenzen. Was in der Politik als Meilenstein gefeiert wird, bezeichnen Hilfsorganisationen als "menschenrechtlichen Tabubruch".

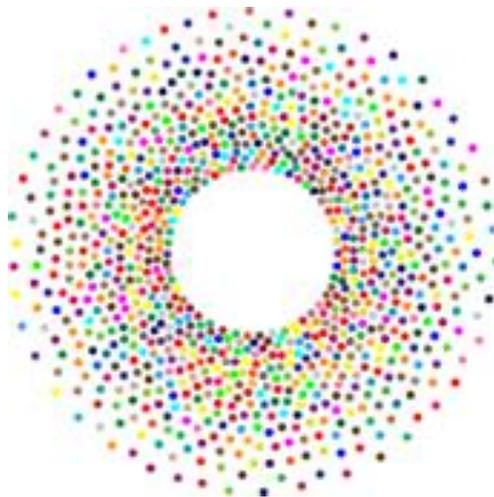
Krieg und Migration

Global Peace Index

Jedes Jahr veröffentlicht das Institute for Economics and Peace seinen [Global Peace Index](#), in dem die Länder nach ihrer Friedenslage geordnet sind. Dem Bericht zufolge ist die Welt insgesamt etwas weniger friedlich geworden. „Der Krieg in der Ukraine hatte erhebliche Auswirkungen auf die globale Friedfertigkeit, wobei die Ukraine und Russland die größte und fünftgrößte Verschlechterung der Friedfertigkeit hatten“, schreiben die Autoren [der Studie](#), die das Ranking begleitet. „Haiti, Mali und Israel waren die anderen Länder mit den größten Verschlechterungen.“ Es ist wahrscheinlich keine Überraschung, dass Island in diesem Jahr zum friedlichsten Land der Welt gekürt wurde – es ist das 15. Jahr in Folge, dass es an der Spitze der Liste steht.

Film: Goodbye Allah
Zeinab glaubt nicht mehr

Zeinab hat Christian auf Tinder kennengelernt und sich in ihn verliebt. Für Zeinabs Eltern, die aus dem Libanon stammen, ein Schock. Der Vater der 23-jährigen ist streng religiös: ein ungläubiger Schwiegersohn – undenkbar für ihn und nicht akzeptabel. Doch Zeinab steht zu Christian, mehr noch: sie teilt ihrer Familie mit, dass sie mit dem Islam nichts mehr zu tun haben will, sie aufgehört hat, an Allah zu glauben. Wird es ihr gelingen, dem Druck der Familie und ihres ehemaligen Umfeldes standzuhalten und sich ein neues Leben aufzubauen? Der [Film des HR ist in der Reihe „Close Up“](#) ist über die ARD-Mediathek abrufbar. In der Filmreihe geht es um starke Menschen, die ihrem Leben aus ganz unterschiedlichen Gründen ein neues Ziel gegeben haben. Sie erzählen von den Brüchen in ihrem Leben, von mutigen Entscheidungen und neuen Zielen. Sie blicken in ihre Vergangenheit und auf ihr neues glücklicheres Leben.



Kontakt Newsletter: Norbert Wenzel, Vielfaltszentrum – WIR im Lahn-Dill-Kreis

wir@lahn-dill-kreis.de, Tel. 064414071487

P.S. Sie haben diesen Newsletter mehrfach erhalten? Leider lässt sich das organisatorischen Gründen nicht immer vermeiden und wir hoffen auf Ihr Verständnis. Sie möchten keinen Newsletter mehr von uns erhalten? Das wäre sehr schade! In diesem Fall genügt eine kurze Mail an uns, damit wir Sie aus dem Verteiler löschen.

Fotos: LDK, privat, [Pixabay](#) und [Pexels](#)

Zur Gleichbehandlung der Geschlechter bemühen wir uns um eine genderneutrale Schreibweise.

Impressum

Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises
Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar

E-Mail: info@lahn-dill-kreis.de
Tel.: 06441 407-0
Fax: 06441 407-1050

Der Lahn-Dill-Kreis ist eine Körperschaft des Öffentlichen Rechts und wird vertreten durch den Kreisausschuss, dieser durch den Landrat Wolfgang Schuster, Anschrift wie oben.

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer
gem. § 27 a Umsatzsteuergesetz: DE 112641364